



TARIFVERHANDLUNGEN

Warnstreik und Tarifverhandlungen TV-L 2019

6%, mindestens 200 Euro mehr bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Mit diesen Forderungen wurde in Bremen und Niedersachsen zum Warnstreik vor der letzten Verhandlungsrunde der laufenden Tarifverhandlungen TV-L 2019 aufgerufen.

Viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Verwaltungspolizei und Bereichen der Polizei Bremen folgten dem Aufruf. Zentraler Treffpunkt war der Parkplatz am Werderstadion. Zusammen mit den DGB-

Es war STREIKTAG!

Hoch motiviert und mit guter Laune ging es lautstark in einem riesiglangen Demonstrationszug über Osterdeich, Steintor, Sielwall, Rembertiring, Hauptbahnhof zum Bremer Marktplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Unterwegs wurde noch ein Zwischenstopp bei der Senatorin für Finanzen eingelegt. Unser Landesvorsitzender **Lüder Fasche** fand hier nochmal deutliche Worte in Richtung der Senatorin. Er forderte, sie möge auf die Vereinigung der kommunalen

in den Straßenbahnen etwas warten mussten.

Aber es war STREIKTAG!

Öffentlicher Dienst muss attraktiver werden

ver.di-Chef **Frank Bsirske** fand als Hauptredner der Abschlusskundgebung auf dem Markt bei strahlendem Sonnenschein ebenfalls deutliche Worte vor den 7500 Demonstrationsteilnehmern: „Das Ruder muss jetzt rumgerissen werden. Seit 2015 nehmen die Länder Überschüsse ein. Dieses und letztes Jahr



Dietmar Schilff, Landesvorsitzender GdP Niedersachsen, und Lüder Fasche, Landesvorsitzender GdP Bremen, marschierten beim Demonstrationzug vornweg.

Gewerkschaften rechneten wir anfangs mit ca. 3500 Teilnehmern. Umso überraschter waren alle teilnehmenden Gewerkschaften, dass an diesem Tag mehr als doppelt so viele Kolleginnen und Kollegen am Warnstreik teilnahmen, was sicherlich nicht nur am sonnigen warmen Wetter lag.

len Arbeitgeberverbände (VKA) einwirken, nach zwei ergebnislosen Tarifrunden ohne ein Angebot seitens der Arbeitgeber endlich ein Tarifangebot vorzulegen.

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Verkehrsteilnehmern für die Geduld und das Verständnis bedanken, die zeitweilig im Auto oder

sogar im zweistelligen Milliardenbereich.“

Alle teilnehmenden Gewerkschaften waren sich auch in einem weiteren Punkt einig. Der öffentliche Dienst bei den Ländern muss attraktiver werden, um geeignete Nach-

Fortsetzung auf Seite 2



TARIFVERHANDLUNGEN



Der Demonstrationzug machte einen kurzen Abstecher zum Haus der Senatorin für Finanzen.

Fortsetzung von Seite 1

wuchskräfte zu bekommen. Ohne eine deutliche Tarifierhöhung und eine Verbesserung der Entgeltordnung wandern uns die Nachwuchskräfte zum Bund und den Gemeinden ab.

Wir bedanken uns bei den Demonstrationsteilnehmern und allen Kolleginnen und Kollegen, die gestreikt und dabei gezeigt haben, dass sie sich nicht mehr mit Minimalerhöhungen abspesen lassen.

Axel Lohmann

JAHRGANGSTREFFEN 1952

Einladung zur 67-Jahre-Feier

Liebe Freunde,
in diesem Jahre besteht die 1. Polizeihundertschaft Bremen 67 Jahre. Zu diesem Anlass wollen wir uns am **22. 5. 2019 ab 12.30 Uhr im Hotel Landgut Horn, Leher Heerstr. 140, 28357 Bremen**, zum gemütlichen Zusammensein treffen. Wir freuen uns über viele **Anmeldungen** unter Tel. **04 21/ 25 66 08**.

Euer Wilhelm Kaup

TERMIN

Redaktionsschluss für die **Mai-Ausgabe 2019**, Landesjournal Bremen, ist der **2. April 2019**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



Axel Lohmann war tatkräftig an der Organisation des Streiktages und der Demonstration beteiligt.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

FG SENIOREN
Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 9. April 2019, 16 Uhr,
Ernst-Barlach-Haus, Am Holz-
hafen 8

Bremen

Donnerstag, 11. April 2019,
15.30 Uhr, Grollander Krug

Einmal im Monat mit vielen altbekannten Kolleginnen und Kollegen treffen, interessante Neuigkeiten erfahren, Fachvorträgen lauschen, illustre Gäste begrüßen, all das erwartet euch bei den monatlichen Treffen in Bremerhaven und Bremen. Die Teilnehmerzahl ist nicht begrenzt.

Wolfgang Karzenburg



TARIFVERHANDLUNGEN

Dritte Runde der Verhandlungen in Potsdam

Am 28. 2. 2019 gingen die Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes der Länder in Potsdam in die dritte Runde. Für die GdP Bremen waren Brigitte Weinhold und ich ab nachmittags dabei. Als Mitglieder der GdP-Bundestarifkommission (BTK) ist es unsere Aufgabe, die Anliegen des Landesbezirks Bremen dort zu vertreten und schließlich auch dem Angebot der Arbeitgeber zuzustimmen oder es abzulehnen.

Von der Verhandlungsleitung der GdP, René Klemmer und Oliver Malchow, gab es erste Informationen über den Verhandlungsstand.

Am 1. 3. 2019 ging es morgens frisch ausgeruht an die Arbeit. Es gab eine umfassende Tagesordnung, die es abzuarbeiten galt. Themen waren hier unter anderem, wie man richtig streikt und welche Rechte und Pflichten Gewerkschaften und Streikleitungen bei einem Streik haben.

Zudem wurde aus den verschiedenen Landesbezirken berichtet und es gab Treffen der Arbeitsgruppen innerhalb der BTK. Brigitte ist Mitglied der AG 4, die sich mit dem TVöD, TV-L und dem TV-H beschäftigt. Ich selber bin Angehöriger der AG 1, dort beschäftigen wir uns mit der Entgeltordnung.

Am Abend des Tages waren wir etwas verwundert, weil immer noch kein Angebot der Arbeitgeberseite vorlag. Wir haben uns schließlich auf den 2. 3. 2019 vertagt. Es wurde trotzdem bis weit in die Nacht hinein weiter verhandelt, für die Verhandlungsführung bedeutete das eine extrem kurze Nachtruhe von nur drei Stunden.

Der Morgen des 2. 3. 2019 begann früh und alle dachten, es hätte in den langen Verhandlungen in der Nacht Fortschritte gegeben und es würde ein brauchbares Angebot der Arbeitgeber vorliegen. Dem war jedoch nicht so. Die Verhandlungen waren arg ins Stocken geraten, auch weil wir eine klare Haltung zur Anpassung des § 12 TV-L mit in die Verhandlung gegeben hatten. Dieser Paragraf durfte nicht angerührt werden, er regelt die Eingruppierung anhand von Tätigkeitsmerkmalen.

Im Laufe des Samstags gab es immer wieder Zeichen für ein Scheitern der Verhandlungen. Die BTK hatte auch am Samstag noch mit einigen Tagesordnungspunkten, diesmal unter anderem mit Eingruppierungsfällen, zu tun, bis endlich am Abend verkündet wurde, dass es ein Angebot der Arbeitgeber geben wird. Die Arbeitgeberseite hatte tatsächlich einen ganzen Tag gebraucht, ein Angebot untereinander abzustimmen. Fragt sich, wer da schlecht vorbereitet war.

Die Bundestarifkommission der GdP trat am Abend wieder zusammen. Das Angebot sollte eigentlich endlich da sein. Nach einer Stunde Wartezeit hielten wir jedoch immer noch nichts in den Händen. Das Ergebnis musste noch von der Druckerei zu uns transportiert werden, also haben uns die Verhandlungsführer mündlich informiert, bis endlich nach einer gefühlten Ewigkeit etwas Ge-

Fortsetzung auf Seite 4

RÄTSELGEWINNER

Stefan Wolpmann löste richtig und hatte Losglück



Unter mehreren richtigen Einsendungen unseres Januar-Rätsels zog unsere Geschäftsstellen-Fee Gaby Buziek den Gewinner Stefan Wolpmann vom Polizeigewahrsam. Passend zu seinem Wirkungsbereich hatte er das richtige Lösungswort „TARIF“ übersandt. Stefan wurde vom GdP-Landesvorsitzenden Lüder Fasche ein nagelneuer GdP-Rucksack überreicht. „Da wir immer öfter lange Touren zu Abschiebungen begleiten, kann ich diesen Rucksack besser gebrauchen als mir lieb ist“, gab der glückliche Gewinner sogleich auch einen kurzen Einblick in seinen Tätigkeitsbereich.



TARIFVERHANDLUNGEN

Fortsetzung von Seite 3

drucktes vor uns lag. Es wurde sehr lebhaft über das Angebot diskutiert. Alle in der BTK kamen zu dem Entschluss, dass dieses Angebot die Lücke zum TVöD kleiner werden lässt und ein gutes Ergebnis ist.

Nach Mitternacht wurde die Sitzung der BTK beendet, zwischenzeitlich gab es eine Pressekonferenz der beteiligten Verhandlungsführer. Es wurde Zeit für einen kurzen gemütlichen Ausklang der BTK, da einige der Mitglieder bereits unmittelbar nach den Verhandlungen abreisen mussten.

Ich finde den Tarifabschluss für die Kolleginnen und Kollegen in Bremen gut und gelungen. Allerdings finde ich es ungeheuerlich, dass unsere Finanzsenatorin nur wenige Stunden nach Abschluss des Tarifergebnisses schon verlauten ließ, den Tarifabschluss für Bremens Beamtinnen und Beamte nicht zeitgleich zu übernehmen. Gerade die Beamtinnen und Beamten in der GdP werden sich das nicht gefallen lassen. Neben anderen Maßnahmen wird es da wohl dann



Brigitte Weinhold (Kreisgruppe Brhv.) und Oliver Thies (Fachgruppe Zentrale Dienste) vertraten Bremen in den Tarifverhandlungen.

noch vor der Wahl DEMO-TAG heißen. Ich bin gespannt, wie die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt darauf reagieren werden.

Das Demomaterial jedenfalls bleibt in Griffweite!

Oliver Thies

Das wurde vereinbart

Erhöhung der Tabellenentgelte im Gesamtvolumen

- 3,2 Prozent ab 1. Januar 2019, mindestens 100 Euro
- 3,2 Prozent ab 1. Januar 2020, mindestens 90 Euro
- 1,4 Prozent ab 1. Januar 2021, mindestens 50 Euro

Es erfolgt eine Anhebung der Stufe 1 in den Entgeltgruppen 2 bis 15 um insgesamt 11 Prozent.

Auszubildende und Praktikantinnen/Praktikanten

Erhöhung der monatlichen Ausbildungsentgelte

zum 1. Januar 2019 um einen Festbetrag in Höhe von 45,40 Euro
zum 1. Januar 2020 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 50 Euro

Erhöhung der Tarifentgelte für Praktikantinnen und Praktikanten

- zum 1. Januar 2019 um einen Festbetrag in Höhe von 50 Euro
- zum 1. Januar 2020 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 50 Euro

Der Urlaubsanspruch hat sich um einen weiteren Urlaubstag auf insgesamt 30 Tage erhöht.

Sonstiges Tarifrecht

1. Anhebung Garantiebetrags bei Höhergruppierung

Die Garantiebeträge werden zum 1. Januar 2019 für die Dauer der Laufzeit des Tarifvertrages auf 100 Euro (Entgeltgruppen 1 bis 8) bzw. 180 Euro (Entgeltgruppen 9 bis 14) erhöht.

2. Aufspaltung der Entgeltgruppe 9 in die Entgeltgruppen 9a und 9b

Die Stufenlaufzeiten in der Entgeltgruppe 9a richtet sich nach § 16 Abs. 3 Satz 1 TV-L. Die bisherige Entgeltgruppe 9 mit regulärer Stufenlaufzeit wird Entgeltgruppe 9b.

3. Jahressonderzahlung

Die Jahressonderzahlung nach § 20 TV-L wird für die Jahre 2019 bis 2022 auf dem materiellen Niveau des Jahres 2018 eingefroren.

Verbesserung Entgeltordnung

Für die Beschäftigten im IT-Bereich wird es ab dem 1. Januar 2021 eine Übernahme der Regelungen der Entgeltordnung VKA geben.

Zudem hat es weitere Verbesserungen für die Beschäftigten in der Polizeiverwaltung gegeben. Hier konnten insbesondere für Beschäftigte in der Entgeltgruppe 3 Verbesserungen vereinbart werden.

Das Inkrafttreten der Regelungen findet rückwirkend zum 1. Januar 2019 statt. Die Laufzeit der Regelungen endet zum 30. September 2021.




BÜRGERSCHAFTSWAHL 2019



Tarifergebnisse sollen zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung und Versorgung übernommen werden

					
Stimme zu					
neutral					
Stimme nicht zu					
Erläuterung	Dieses Ziel streben wir an.	Tariferhöhungen für die Angestellten des öffentlichen Dienstes müssen inhaltsgleich und zeitnah auch auf die Beamten übertragen werden. Eine Ungleichbehandlung zwischen Tarifangestellten und Beamten lehnen wir ab.	Eine möglichst zeitnahe Übernahme halten wir für wünschenswert. Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbesoldung und aufgrund von haushälterischen Zwängen kann es allerdings keinen Ad-hoc-Automatismus geben.	Die Beamtinnen und Beamte sind nicht das Sparschwein des Finanzressorts. Wir fordern die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse für die Beamt*innen und Nachbesserungen zur Annäherung des Gehaltsniveaus an andere Bundesländer. Entsprechende Anträge haben wir bei jeder Tarifrunde gestellt.	Dies wird unterstützt, bewusste Verzögerungen müssen vermieden werden.



Die GdP fordert die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme von Tarifergebnissen für Beamte und Versorgungsempfänger


Eine stichhaltige Begründung für die fortwährende Abkoppelung von Beamten und Versorgungsempfängern gibt es nicht. Verschiedene Gerichte haben bereits bekräftigt, dass die Besoldung der Beamten nach Kassenlage verfassungswidrig ist. Für die Beamten bei Polizei und Verwaltung steigen die Belastungen immer weiter an und unsere Kolleginnen und Kollegen leisten jeden Tag hervorragende Arbeit. Eine verspätete Übernahme wäre ein weiterer Schlag ins Gesicht und würde Bremens Beamte und Versorgungsempfänger einmal mehr erheblich schlechter stellen als in den meisten andern Bundesländern.





Alle Beamte und Versorgungsempfänger sollen im Land Bremen wieder volles Weihnachtsgeld erhalten

					
Stimme zu					
neutral					
Stimme nicht zu					
Erläuterung	Wir wollen einen attraktiven Öffentlichen Dienst. Die Gehälter der Öffentlich Bediensteten in Bremen müssen sich daher im Gleichklang mit denen in anderen Bundesländern entwickeln. Derzeit liegt Bremen im Ländervergleich im Mittelfeld.	Wir wollen die Höhe der Beamtensoldung über die Übernahme der tariflichen Steigerungen hinaus schrittweise an Niedersachsen anpassen.	Die Forderung ist nachvollziehbar und wünschenswert. Bremen ist aber noch nicht so weit, alle finanziellen Einschnitte der letzten Jahre zurücknehmen zu können. Ob die jährlichen Mehrausgaben von ca. 68 Mio. € in den beiden kommenden Haushalten darstellbar sein werden, erscheint uns sehr fraglich.	Bremens öffentlicher Dienst muss auch im Vergleich der Bundesländer und des Bundes attraktiv sein. Der Bund zahlt seinen Beamt*innen seit 2012 wieder Weihnachtsgeld. Wir wollen das Weihnachtsgeld auch in Bremen wieder einführen. Die Wiedereinführung für die Anwärterinnen und Anwärter war deshalb ein erster richtiger Schritt.	Das Ziel halten wir für erstrebenswert. Nur bei Gleichbehandlung im öffentlichen Dienst und nur im Rahmen der Haushaltslage werden wir es umsetzen können.







 **Die GdP fordert die Wiedereinführung des vollen Weihnachtsgeldes für alle Beamten und Versorgungsempfänger.**
 Durch die völlige oder teilweise Streichung des Weihnachtsgeldes haben Beamte reale Einkommensverluste erlitten. Gleichzeitig haben sie durch diese und andere Maßnahmen unverhältnismäßig mehr zur gelungenen Haushaltskonsolidierung beigetragen und müssen nun an der zuletzt guten Wirtschaftsentwicklung wieder partizipieren. Bundesbeamte und die anderer Länder erhalten bereits wieder Weihnachtsgeld. Gerade vor dem Hintergrund, dass Bremens Beamte unter ungleich schwierigeren Rahmenbedingungen arbeiten, wäre spätestens hier eine Gleichbehandlung geboten. Überdies könnte man es als Ausgleich für die in den letzten 20 Jahren regelmäßig verzögerte oder abgeschwächte Besoldungs- und Versorgungsanpassung betrachten.



BÜRGERSCHAFTSWAHL 2019



Die Ortspolizeibehörde Bremerhaven soll weiterhin ihre Eigenständigkeit als kommunale Polizei behalten

					
Stimme zu					
neutral					
Stimme nicht zu					
Erläuterung	Die Polizei in Bremerhaven und Bremen muss materiell und auch organisatorisch gut aufgestellt sein, um auf die Herausforderungen von heute und morgen reagieren zu können. Die intensive Zusammenarbeit der OPB Bremerhaven und der Polizei Bremen ist wichtig. Strukturfragen stellen sich derzeit nicht.	Die CDU im Land Bremen spricht sich weiterhin für die Beibehaltung der Ortspolizeibehörde Bremerhaven aus, damit auch in Zukunft Personalplanung und Einsatz nicht dem städtischen Einfluss entzogen werden.	Die Stärken der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven in einer gemeinsamen Landespolizei zu bündeln, hätte manche Vorteile. Nachdem sich Senat und Magistrat in dieser Frage aber nicht einigen konnten, steht das Thema für uns aktuell nicht mehr auf der politischen Agenda.	Die Ortspolizeibehörde Bremerhaven ist historisch gewachsen und die Bremerhavener legen großen Wert auf ihre kommunale Zuständigkeit. Eine Notwendigkeit oder eine politische Mehrheit für eine Umstrukturierung sehen wir nicht.	Die eigenständige Ortspolizeibehörde hat sich bewährt. Zugleich können wir uns vorstellen Synergieeffekte in der Zusammenarbeit zwischen den Polizeien besser zu nutzen.
	<p>Die GdP fordert den Erhalt der Ortspolizeibehörde als eigenständige Kommunalpolizei. Bremerhavens Bürger, Politiker und Polizeibeschäftigte wünschen den Erhalt der Ortspolizeibehörde. Dem gegenüber steht die Frage vermeintlicher Doppelstrukturen. Erste Überprüfungen ergaben diesbezüglich, dass Arbeitspakete in Bremen und Bremerhaven aber jeweils tatsächlich vorhanden sind. Die Frage, ob diese in Bremen und/oder Bremerhaven bearbeitet werden, setzt also gar kein Personal für andere Aufgaben frei. Selbst bei der Identifizierung von Doppelstrukturen und dem Wunsch nach engerer Kooperation muss deshalb nicht die Ortspolizeibehörde in eine Landespolizei integriert werden.</p>				




BÜRGERSCHAFTSWAHL 2019



Es sollen mehr finanzielle Mittel für Beförderungen und Höhergruppierungen bei Polizei und Verwaltungspolizei bereitgestellt werden

					
Stimme zu					
neutral					
Stimme nicht zu					
Erläuterung	Wir wollen Abweichungen bei der Bewertung und Bezahlung ausgleichen, um die Attraktivität des Polizeiberufes zu erhalten. Wir streben dazu ein intensives Hebungsprogramm über 5 Jahre an.	In den vergangenen Jahren gab es im Land Bremen einen erheblichen Mangel an Beförderungen und Höhergruppierungen, daher sehen wir die künftige Regierung in der Pflicht, daran etwas zu ändern.	Zu einem attraktiven Beruf gehören auch rasche Beförderungen in höhere Besoldungsstufen.	Die Eingruppierung muss amtsangemessen sein. In der Vergangenheit gab es zu wenig Stellenhebungen und Beförderungen, sodass aktuell nicht immer amtsangemessen besoldet wird. Diese Situation halten wir für falsch, die Bürgerchaftsfraktion DIE LINKE hat deshalb entsprechende Haushaltsanträge gestellt, die leider abgelehnt worden sind.	Wir finden: Polizeidienst muss Aufstiegsmöglichkeiten auch tatsächlich bieten. Das trägt auch dazu bei, die Attraktivität des Dienstes bei der Polizei für Bewerberinnen und Bewerber zu erhöhen.

	<p>Die GdP fordert die Erhöhung des Personalhaushalts bei Polizei und Verwaltungspolizei</p> <p>Bei der Polizei Bremen verrichten nahezu 70 % der Mitarbeitenden ihren Dienst nicht in jenem Statusamt, das die Bewertung ihrer Funktionsstelle hergäbe. Sie werden also nicht entsprechend ihrer tatsächlichen Leistung bezahlt. Dies Missverhältnis von Bewertung und Besoldung muss schnellstmöglich beseitigt werden. Entsprechende Musterverfahren vor dem Verwaltungsgericht dürfen von der Behörde nicht mehr länger vorsätzlich verschleppt werden.</p> <p>Ebenso muss bei der Verwaltungspolizei eine Eingruppierungsoffensive gestartet werden, will der öffentliche Dienst im Kampf um qualifizierte Kräfte nicht völlig ins Hintertreffen geraten. Fachkarrieren müssen überall möglich sein.</p>
---	--

